

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Innen- und Rechtsausschuss

17. WP - 26. Sitzung

am Mittwoch, dem 9. Juni 2010, 10:30 Uhr,
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Thomas Rother (SPD) Vorsitzender
Dr. Michael von Abercron (CDU)
Astrid Damerow (CDU)
Werner Kalinka (CDU)
Petra Nicolaisen (CDU)
Barbara Ostmeier (CDU)
Dr. Kai Dolgner (SPD)
Serpil Midyatli (SPD)
Ingrid Brand-Hückstädt (FDP)
Gerrit Koch (FDP)
Thorsten Fürter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Heinz-Werner Jezewski (DIE LINKE)
Silke Hinrichsen (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesmeldegesetzes	5
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/444	
2. Barrierefreiheit im öffentlich-rechtlichen Rundfunk	6
Antrag der SPD Drucksache 17/226	
Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/412	
3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Allgemeinen Verwaltungsgesetzes für das Land Schleswig-Holstein (Landesverwaltungsgesetz - LVwG -)	7
Gesetzentwurf der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE Drucksache 17/251	
4. a) Einrichtung einer Clearingstelle für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge	8
Antrag der Fraktion von LINKE, SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/178 (neu)	
b) Clearingstellen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge	
Bericht der Landesregierung Drucksache 17/436	

- 5. Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen dem Land Schleswig-Holstein, der Freien und Hansestadt Hamburg, dem Land Mecklenburg-Vorpommern, der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen über den Beitritt des Landes Niedersachsen zur rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts „Dataport“** **9**
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 17/507
- 6. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein** **10**
- Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW
Drucksache 17/268
- 7. Entwurf eines Gesetzes zur Bestimmung der zuständigen Behörden für die Erteilung von Fahrberechtigungen an Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren, der anerkannten Rettungsdienste und der technischen Hilfsdienste - Fahrberechtigungszuständigkeitsgesetz (FZG) -** **11**
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 17/531
- 8. Verschiedenes** **12**

Der Vorsitzende, Abg. Rother, eröffnet die Sitzung um 10:30 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesmeldegesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 17/444

(überwiesen am 21. Mai 2010 an den **Sozialausschuss** und an den Innen- und Rechtsausschuss)

St Dr. Bonde führt im Zusammenhang mit Fragen von Abg. Hinrichsen kurz aus, dass es bei diesem Gesetzentwurf lediglich darum gehe, dass bei einem Todesfall eines Empfängers von Erziehungsgeld, Versorgungsbezügen oder Bezügen nach dem strafrechtlichen Rehabilitationsgesetz das zuständige Amt davon zügig Kenntnis erlangen, damit möglich schnell auch die Zahlungen eingestellt werden könnten. Es habe sich herausgestellt, dass es relativ schwierig für die Behörden sei, wenn die Zahlungen an die Erben weiterliefen, später das zu viel gezahlte Geld wieder zurückzufordern.

Einstimmig empfiehlt der Innen- und Rechtsausschuss dem federführenden Sozialausschuss, dem Landtag zu empfehlen, den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesmeldegesetzes, Drucksache 17/444, unverändert anzunehmen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Barrierefreiheit im öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Antrag der SPD
Drucksache 17/226

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/412

(überwiesen am 18. März 2010 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und an den Sozialausschuss)

hierzu: Umdrucke 17/910, 17/911

Der Vorsitzende, Abg. Rother, weist darauf hin, dass der vom Landtag beschlossene Bericht der Landesregierung zur Barrierefreiheit im öffentlich-rechtlichen Rundfunk bereits in der letzten Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses gegeben worden sei und schlägt vor, dem Landtag zusammen mit der Beschlussempfehlung zu den Vorlagen zu empfehlen, die Berichterstattung damit als erledigt zu betrachten. - Der Ausschuss stimmt diesem Verfahrensvorschlag zu.

Im Übrigen vertagt er seine abschließende Beratung zu den Vorlagen auf seine Sitzung am 30. Juni 2010.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Allgemeinen Verwaltungsgesetzes für das Land Schleswig-Holstein (Landesverwaltungsgesetz - LVwG -)

Gesetzentwurf der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE

Drucksache 17/251

(überwiesen am 24. Februar 2010)

hierzu: Umdrucke 17/478, 17/510, 17/512, 17/513, 17/518, 17/520, 17/661, 17/665, 17/666, 17/672, 17/717, 17/745, 17/750, 17/759, 17/764, 17/782, 17/795, 17/805

Abg. Jezewski beantragt die Durchführung einer zusätzlichen mündlichen Anhörung zu dem Gesetzentwurf.

Abg. Kalinka merkt an, dass sich an den grundsätzlichen Positionen der Fraktionen sehr wahrscheinlich auch durch eine weitere Anhörung nichts ändern werde. Vor diesem Hintergrund stelle sich die Frage, ob die Durchführung einer mündlichen Anhörung wirklich notwendig sei.

Abg. Fürter unterstützt den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Durchführung einer mündlichen Anhörung. Er weist darauf hin, dass dieses Thema auch bei der Polizei auf ein großes Interesse stoße.

Abg. Dr. Dolgner erklärt, die Auffassungen der Gewerkschaften der Polizei zu diesem Thema seien bereits seit Beginn der Diskussion in den 60er-Jahren bekannt und unverändert. Die Ergebnisse der schriftlichen Anhörung zeigten, dass es hier auch keine neuen Argumente gebe. Deshalb sei aus Sicht der SPD-Fraktion die Durchführung einer mündlichen Anhörung nicht erforderlich.

Abg. Jezewski bittet darum, die weitere Beratung über das Verfahren noch einmal zu verschieben. Er kündigt an, mit seiner Fraktion noch einmal über die weiteren Verfahrensschritte beraten zu wollen.

Die Ausschussmitglieder kommen überein, ihre Beratungen zu dem Gesetzentwurf in der Sitzung am 30. Juni 2010 fortzusetzen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

a) Einrichtung einer Clearingstelle für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Antrag der Fraktion von DIE LINKE, SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 17/178 (neu)

(überwiesen am 28. Januar 2010)

b) Clearingstellen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Bericht der Landesregierung

Drucksache 17/436

(überwiesen am 21. Mai 2010 zur abschließenden Beratung)

Die Ausschussmitglieder beschließen, die Beratungen zu den beiden Vorlagen auf ihre Sitzung am 30. Juni 2010 zu verschieben und den Flüchtlingsbeauftragten zu bitten, an der Sitzung teilzunehmen und zu den Vorlagen noch einmal Stellung zu nehmen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen dem Land Schleswig-Holstein, der Freien und Hansestadt Hamburg, dem Land Mecklenburg-Vorpommern, der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen über den Beitritt des Landes Niedersachsen zur rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts „Dataport“

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 17/507

(überwiesen am 21. Mai 2010 an den **Finanzausschuss** und an den Innen- und Rechtsausschuss)

Abg. Kalinka bittet um Vertagung des Tagesordnungspunktes, da in der CDU-Fraktion noch Beratungsbedarf bestehe. Mit dem Staatsvertrag würden sehr weitreichende Dinge geregelt.

Die Ausschussmitglieder kommen überein, diesem Verfahrensvorschlag zu folgen und die Beratungen auf die Sitzung am 30. Juni 2010 zu verschieben.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW
Drucksache 17/268

(überwiesen am 19. März 2010 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Europaausschuss)

hierzu: Umdrucke 17/711, 17/713, 17/732, 17/734, 17/746, 17/803, 17/820,
17/891, 17/904, 17/913

- Verfahrensfragen -

Zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein, Drucksache 17/268, nimmt der Ausschuss in Aussicht, gemeinsam mit dem Europaausschuss am 1. oder 29. September 2010 eine mündliche Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen werden gebeten, bis zum 30. Juni 2010 ihre Anzuhörenden zu benennen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Bestimmung der zuständigen Behörden für die Erteilung von Fahrberechtigungen an Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren, der anerkannten Rettungsdienste und der technischen Hilfsdienste - Fahrberechtigungszuständigkeitsgesetz (FZG) -

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 17/531

(überwiesen am 19. Mai 2010)

Der Ausschuss nimmt seine Beratungen zu dem vorliegenden Gesetzentwurf wieder auf und empfiehlt dem Landtag einstimmig die Annahme des Gesetzentwurfs mit der folgenden Änderung des Inkrafttretensdatums in Artikel 2 des Gesetzentwurfs: „Das Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.“

Punkt 8 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Kalinka weist darauf hin, dass bei seiner Fraktion grundsätzlich die Bereitschaft dafür bestehe, in eine Generaldebatte über die Verfassung des Landes Schleswig-Holstein einzutreten. - Der Vorsitzende, Abg. Rother, weist darauf hin, dass für die Juli-Tagung des Plenums auch die Entscheidung über die Volksinitiative „Kinderrechte stärken“ und deren Vorschlag für eine Verfassungsänderung anstehe. Dies könne vielleicht auch in eine solche Debatte mit einbezogen werden.

Er kündigt weiter an, am 30. Juni 2010 auch über das weitere Verfahren für das zweite Halbjahr des Ausschusses reden zu wollen.

Abg. Fürter regt an, in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses das Thema Computer und Anbindung an das Internet bei den Polizeibehörden des Landes aufzugreifen und sich hierzu vom Innenministerium berichten zu lassen. Hintergrund hierzu sei seine Kleine Anfrage, deren Beantwortung zum Teil weitere Fragen aufwerfe. - Abg. Dr. Dolgner bittet darum, dann auch über die technischen Einzelheiten mit einem Experten auf diesem Gebiet im Innenministerium reden zu können. - Abg. Kalinka regt an, den Bericht auf den gesamten Bereich der Ausstattung der Landespolizei auszudehnen. - Abg. Fürter wendet ein, dass bei einer so globalen Befassung der von ihm angesprochene Detailbereich vielleicht zu kurz käme und bittet darum, sich zunächst auf diesen kleineren Bereich zu konzentrieren. - Der Ausschuss beschließt, das Thema auf einer seiner nächsten Sitzungen auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. Jezewski bittet außerdem um einen aktuellen Sachstandsbericht zur Leitstelle Nord. - Der Ausschuss schließt sich dieser Bitte an.

Der Vorsitzende, Abg. Rother, schließt die Sitzung um 10:55 Uhr.

gez. Thomas Rother
Vorsitzender

gez. Dörte Schönfelder
Geschäfts- und Protokollführerin